

NEIN zum Finanzierungs- Verbot der GSoA

- ✗ NEIN zu teuren Verboten für AHV- und Pensionskassen**
- ✗ NEIN zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze**
- ✗ NEIN zur politischen Bevormundung der Nationalbank**

NEIN zu teuren Verboten für AHV- und Pensionskassen

Die gefährliche GSoA-Initiative verteuerte mit ihrer starren Quote die Geldanlage für unsere Altersvorsorge.

Sie wirft die bewährten Anlagestrategien der staatlichen und beruflichen Vorsorge über den Haufen. AHV und Pensionskassen müssen ihre Anlage an der starren GSoA-Quote ausrichten. Entweder beschränken sie ihre Investitionen auf einzelne Firmen. Die Folge: Die ungenügende Streuung erhöhte das Anlagerisiko (Klumpen-Risiken). Oder sie überprüfen jedes Jahr Tausende von Unternehmen auf deren Umsatz mit Kriegsmaterial. Der Verwaltungsaufwand ist immens, die Mehrkosten ebenfalls. Klumpen-Risiken sowie Verwaltungskosten schmälern die Erträge. Die Renten der Schweizerinnen und Schweizer werden dadurch unsicherer. Tatsache ist: Unsere Altersvorsorge steht vor grossen Herausforderungen. Sie darf nicht durch bürokratische und teure Verbote zusätzlich belastet werden.

NEIN zum schädlichen Finanzierungs-Verbot der GSoA.

NEIN zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze

Die gefährliche GSoA-Initiative schädigt KMU und kostet Arbeitsplätze.

Durch das starre Finanzierungsverbot schadet die Initiative dem Werkplatz Schweiz. Die Schweizer Rüstungsindustrie schafft Arbeitsplätze und Aufträge für KMU. Sie wird genau kontrolliert und die Exporte richten sich nach den

Bestimmungen des Kriegsmaterialexportgesetzes. Es ist falsch und nicht praktikabel, über den Kapitalmarkt mit einer starren Quote von 5 Prozent aus Unternehmen «Kriegsmaterialproduzenten» zu machen. Die Abgrenzungsprobleme und die Bürokratie verschlechtern die Möglichkeiten von Schweizer Firmen, sich zu finanzieren. Letztlich kostet die untaugliche GSoA-Quote Arbeitsplätze in der Schweiz.

NEIN zum schädlichen Finanzierungs-Verbot der GSoA.

NEIN zur politischen Bevormundung der Nationalbank

Die starre GSoA-Quote bevormundet die Schweizerische Nationalbank.

Die Initiative führt politische Kriterien für die Anlage der Gelder der Nationalbank ein und gefährdet so ihre verfassungsmässige Unabhängigkeit. Auch in Zukunft soll es primäre Aufgabe der Nationalbank bleiben, für die Stabilität des Schweizer Frankens zu sorgen. Dafür braucht sie volle Handlungsfähigkeit und keine bürokratischen Verbote oder willkürliche Quoten, die sie in ihren Anlageentscheiden bevormunden. Die Initiative schadet letztlich dem Schweizer Franken. Das ist verantwortungslos.

NEIN zum schädlichen Finanzierungs-Verbot der GSoA.

GSoA-Initiative schwächt die Schweizer Armee

Es ist klar: Die GSoA will nach wie vor die Schweizer Armee abschaffen. Daran hat sich nichts geändert, obwohl die Gruppe schon mehrmals mit verschiedenen Vorlagen an der Urne gescheitert ist.

Die neue Initiative schafft die Armee nicht direkt ab. Sie gefährdet aber die militärische Sicherheit der Schweiz. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass internationale Lieferketten sehr schnell unterbrochen sein können. Die Schweizer Armee ist letztlich für eine Versorgung in der Krise auch auf Schweizer Rüstungsproduzenten und Knowhow aus dem Sicherheitsbereich angewiesen. Auf Importe kann man sich in Krisenzeiten nicht verlassen.

Mit dem finanziellen Aushungern von Schweizer Rüstungsproduzenten und ihren Zulieferbetrieben gefährdet die GSoA einmal mehr auch die militärische Sicherheit der Schweiz.

NEIN zum schädlichen Finanzierungs-Verbot der GSoA.

Weltfrieden lässt sich nicht durch starre GSoA-Quote erzwingen

Selbstverständlich ist eine friedlichere Welt ein begrüßenswertes Ziel. Die Schweiz engagiert sich bereits heute in vielerlei Hinsicht dafür. Auch in der Finanzindustrie wird ethisches Anlegen immer wichtiger. Und es gibt schon heute Finanzinstrumente, die bestimmte Rüstungsfirmen ausschliessen. Allerdings braucht die nachhaltige Finanzierung klare Ausschlusslisten und Kriterien, auf die sich Anleger und Sparer tatsächlich stützen können.

Die GSoA-Initiative macht die Welt nicht sicherer, aber die AHV-Rentnerinnen und -Rentner sicher ärmer.

Früher wollte die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) die Armee abschaffen. Heute schadet sie auch der AHV, den Pensionskassen, der Nationalbank und vielen Schweizer KMU. Die neue GSoA-Initiative ist ein Angriff auf soziale Sicherheit, Arbeitsplätze und Wirtschaft.

NEIN zum schädlichen Finanzierungs-Verbot der GSoA.